

	Welche dominierenden Herausforderungen im technischen Umweltschutz und welche Maßnahmen zu deren Bewältigung in Bayern sehe Sie?	Wie entlasten Sie das fachtechnische Personal bei wachsender Umweltgesetzgebung, um Genehmigungs- und Bauverfahren effizienter zu gestalten?	Wie erhöhen Sie die Attraktivität der 3. Qualifikationsebene im öffentlichen Dienst, um qualifizierte Ingenieure anzuziehen und dem Konkurrenzdruck der freien Wirtschaft entgegenzuwirken?	Was unternehmen Sie, um die Ingenieure an den Kreisverwaltungsbehörden bei der Bewältigung von Genehmigungsverfahren für regenerative Energien zu entlasten und praktische Unterstützung zu gewährleisten?	Inwiefern beabsichtigen Sie, im Falle einer Regierungsbeteiligung Ihrer Partei das Landesamt für Umwelt (LfU) personell zu stärken, um die notwendige Unterstützung als zentrale Fachbehörde für den technischen Umweltschutz zu gewährleisten?
CSU	Ein großer Fokus im technischen Umweltschutz liegt unserer Ansicht nach darin, die Ressourceneffizienz weiter zu steigern. Ein weiterer wesentlicher Aspekt bayerischer Klimapolitik ist die nachhaltige Begrenzung der Treibhausgasemissionen. Das Bayerische Klimaschutzgesetz sieht vor, die Treibhausgasemissionen bis 2030, um mindestens 65% gegenüber dem Stand von 1990 zu verringern. Danach will die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung einen ehrgeizigeren Weg einschlagen als der Bund und bereits 2040 Klimaneutralität erreichen. Das erreichen wir unter anderem durch Bürokratieabbau bei Planungs- und Genehmigungsverfahren, durch eine Solardachpflicht für neue Industrie- und Gewerbegebäude sowie weiträumige Renaturierung- und Anpflanzungskampagnen.	Bürokratie und ein Übermaß an Regulierung gängelt Menschen und Unternehmen, nimmt Luft und ist ein Motivationshemmer. Wir brauchen schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, einen Mentalitätswechsel in Behörden hin zu mehr Ermöglichung und ein echtes Belastungsmoratorium. Wir wollen ein neues Freiheitsversprechen geben und weitestmöglich Spielraum für eigene Initiativen zurückgeben. Mit Bürokratie-TÜV und Paragrafenbremse haben wir bereits viel in Bayern erreicht. Wir wollen aber noch mehr: Es braucht eine regelrechte Entfesselung durch Entbürokratisierung. Unser Ziel ist ein zweijähriges Moratorium für Verwaltungsvorschriften – im Bund und in Bayern. Wir brauchen nicht mehr Bürokratie, sondern weniger. Außerdem wollen wir eine umfassende „Good Governance“ für mehr freie Ermessensentscheidungen festlegen, mehr Geschwindigkeit durch digitale Verwaltungsprozesse, stärkere Spezialisierung bei Behörden und Gerichten sowie ein Bündnis für Beschleunigung mit Regierungen, Landkreisen und kreisfreien Städten. In Bayern gilt die One-in-one-out-Regelung bei der Einführung neuer Genehmigungs- und Verfahrensregeln. Damit ist ein exzessives Wachstum der regulatorischen Belastung für das fachtechnische Personal und die bayerischen Bürgerinnen und Bürger von vornherein verhindert. Wir möchten auch durch stärkere Spezialisierung und digitale Prozesse dazu beitragen, die Ermessensspielräume für Entscheidungen vor Ort zu vergrößern, um mehr Geschwindigkeit zu schaffen.	Der Freistaat Bayern nimmt im Ländervergleich aktuell sowohl bei der Bezahlung als auch bei den Arbeitsbedingungen nach wie vor einen absoluten Spitzenplatz ein. Grund für diese Spitzenstellung ist nicht zuletzt die konsequente zeitgleiche und systemgerechte Übertragung der Tarifabschlüsse seit 2013. Die CSU-geführte Staatsregierung geht hier mit gutem Beispiel voran und honoriert mit diesen dauerhaften finanziellen Verbesserungen die hervorragenden Leistungen seiner Beamtinnen und Beamten in allen Einsatzbereichen. Wir bekennen uns zum Berufsbeamtentum als Grundlage des demokratischen Rechtsstaats. Damit einher geht für uns auch, dass der öffentliche Dienst attraktiv sein muss, damit der Staat auf dem Arbeitsmarkt im Wettbewerb um die fähigsten Köpfe konkurrieren kann. Im Bayerischen Landtag setzt sich die CSU-Fraktion bereits jetzt dafür ein, dass beispielsweise die Orts- und Familienzuschläge konkurrenzfähig bleiben.	Der Freistaat Bayern steht bereits jetzt im bundesweiten Vergleich beim Ausbau der erneuerbaren Energien exzellent da. Wir unterstützen den Klimaschutz mit maximalen Investitionen: Als einziges Bundesland investieren wir 1 Mrd. Euro pro Jahr, insgesamt 22 Mrd. Euro bis 2040 – für Erneuerbare Energien und Stromversorgung, natürliche CO2-Speicher, Klimabauen und Klimaarchitektur, smarte und nachhaltige Mobilität sowie CleanTech, Klimaforschung und Green IT. Für die kommende Legislaturperiode und darüber hinaus haben wir aber noch ambitioniertere Ziele. Dazu setzen wir bei den beteiligten Behörden auf vereinfachtere Genehmigungsverfahren aber vor allem auf Personalaufstockungen, etwa beim Ausbau der Geothermie oder beim Netzausbau. Gerade beim Netzausbau sehen wir aber auch den Bund in der Pflicht seinen Beitrag zu leisten und werden das auch in Zukunft aktiv einfordern.	

	Welche dominierenden Herausforderungen im technischen Umweltschutz und welche Maßnahmen zu deren Bewältigung in Bayern sehe Sie?	Wie entlasten Sie das fachtechnische Personal bei wachsender Umweltgesetzgebung, um Genehmigungs- und Bauverfahren effizienter zu gestalten?	Wie erhöhen Sie die Attraktivität der 3. Qualifikationsebene im öffentlichen Dienst, um qualifizierte Ingenieure anzuziehen und dem Konkurrenzdruck der freien Wirtschaft entgegenzuwirken?	Was unternehmen Sie, um die Ingenieure an den Kreisverwaltungsbehörden bei der Bewältigung von Genehmigungsverfahren für regenerative Energien zu entlasten und praktische Unterstützung zu gewährleisten?	Inwiefern beabsichtigen Sie, im Falle einer Regierungsbeteiligung Ihrer Partei das Landesamt für Umwelt (LfU) personell zu stärken, um die notwendige Unterstützung als zentrale Fachbehörde für den technischen Umweltschutz zu gewährleisten?
SPD	Wir wollen Bayern vor Hochwasser und Sturzfluten schützen. Dabei ist die Nutzung natürlicher Potenziale genauso wichtig wie der Bau von Flutpoldern als Airbag und Notbremse im Katastrophenfall. Zudem müssen Gewässerschutz und Wasserversorgung bayernweit gesichert und zukunftsfest gemacht werden. Dafür wollen wir massiv in die Sanierung und Verbesserung unserer Wasser- und Abwasserinfrastruktur investieren. Darüber hinaus wollen wir Bayern zum Spitzenreiter bei Abfallvermeidung und Recycling machen und mehr Möglichkeiten für die Nutzung von recycelten Materialien geben. Dazu muss mehr in Forschung und Entwicklung investiert und die bayerische Wirtschaft schrittweise zu einer Kreislaufwirtschaft weiterentwickelt werden. Schließlich wollen wir umwelt- und gesundheitsschädliche Emissionen wie CO2 oder Feinstaub massiv reduzieren, indem wir die klimaneutrale Verkehrswende durch den Ausbau von ÖPNV und SPNV vorantreiben. Beim Individualverkehr setzen wir auf E-Mobilität und im Schwerlastverkehr auch auf klimaneutrale Treibstoffe wie grünen Wasserstoff.	Wir wollen Genehmigungs- und Bauverfahren vereinfachen, beschleunigen und digitalisieren (siehe auch unten zu Frage 4). Wir wollen modulares und serielles Bauen ermöglichen und durch Typengenehmigungen beschleunigen. Dafür muss die Bayerische Bauordnung zügig an die Musterbauordnung des Bundes angepasst werden. Wichtig ist außerdem eine ausreichende Personalausstattung der Behörden, um die zeitgleiche Bearbeitung mehrere Verfahren sicher gewährleisten zu können.	Experten warnen seit geraumer Zeit vor einer Million fehlender Fachkräfte im öffentlichen Dienst deutschlandweit. Wir wollen den öffentlichen Dienst daher attraktiv halten im Wettbewerb um die besten Köpfe. Stimmen muss das Gesamtpaket: moderne Ausbildung, kontinuierliche Weiterbildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, umfassende Digitalisierung und nicht zuletzt attraktive Vergütung.	Wir wollen das neue Deutschlandtempo in Bayern konsequent verwirklichen. Durch das Modernisierungspaket der SPD-geführten Bundesregierung können Planungs- und Genehmigungsverfahren nun schneller, einfacher und digitaler umgesetzt werden. Zudem wurde den Kommunen deutlich mehr Handlungsspielraum eingeräumt, beispielsweise bei der Ausweisung neuer Flächen für die Windkraft. Der Freistaat muss hierbei stets als Ermöglicher und nicht als Bremser agieren und die Kommunen auf dem Weg zur Klimaneutralität bestmöglich unterstützen.	Ein starker öffentlicher Dienst ist ein zentraler Grundpfeiler und wichtiger Standortvorteil des Freistaats Bayerns. Daher setzen wir uns behördenübergreifend für eine vorausschauende angemessene Personal- und Ressourcenausstattung ein. Demnach begrüßen wir auch eine entsprechende Aufstockung der Mittel im Haushaltsplan 2024, um die Handlungsfähigkeit des LfU sicherzustellen
Bündnis 90 / Die Grünen	Im Bereich des technischen Umweltschutzes ist sicherlich die Bewältigung der Klimakrise die wichtigste Herausforderung. Dabei müssen wir vor allem weg von fossilen Energien und hin zu regenerativer Energieerzeugung. Dies darf aber nicht auf Kosten der Artenvielfalt erfolgen, der zweiten großen globalen Krise. Beide Krisen müssen parallel in den Blick	Wir setzen uns dafür ein, dass die Umweltgesetzgebung verständlicher und klarer am eigentlichen Ziel ausgerichtet wird. Bei Genehmigungs- und Bauverfahren müssen die vorhandenen Spielräume ausgenutzt werden können, wenn dies vertretbar ist und zu keinen negativen Auswirkungen führt.	Die Nachwuchsgewinnung für technische Berufe im öffentlichen Dienst gestaltet sich immer schwieriger. Die Attraktivität muss deshalb deutlich erhöht werden. Dies kann durch eine höhere Eingangsbesoldung, aber auch durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfolgen. Teilzeitangebote, flexible Arbeitszeiten, Möglichkeiten zu Homeoffice sollten Standard sein. Daneben spielt gerade in Großstädten auch die Bereitstellung von Wohnraum eine immer wichtigere Rolle. Ein effektiver Anreiz wäre aus unserer Sicht die Erhöhung der Eingangsbesoldung – das sollte die erste Maßnahme sein	Neben einer besseren Personalausstattung der Kreisverwaltungsbehörden müssen die Genehmigungsverfahren deutlich vereinfacht und auf die notwendigen Bereiche beschränkt werden. Dafür sind bessere und bayernweit verfügbare Karten- und Datengrundlagen und Genehmigungsleitfäden zu erstellen.	Uns ist bewusst, dass die Aufgaben des Landesamtes für Umwelt stark zugenommen haben und sich dies in den Planstellen nicht widerspiegelt. Unsere grüne Landtagsfraktion hat in den letzten Jahren deshalb in den Haushaltsverhandlungen mehrfach eine Aufstockung der Planstellen gefordert. Wenn wir den Umbau unserer Energie- und Wärmeversorgung erreichen wollen, dann gelingt dies nur mit Unterstützung einer starken Fachbehörde, wie sie das Landesamt für Umwelt darstellt. Eine personelle Aufstockung des LfU steht für uns deshalb außer Frage

	Welche dominierenden Herausforderungen im technischen Umweltschutz und welche Maßnahmen zu deren Bewältigung in Bayern sehe Sie?	Wie entlasten Sie das fachtechnische Personal bei wachsender Umweltgesetzgebung, um Genehmigungs- und Bauverfahren effizienter zu gestalten?	Wie erhöhen Sie die Attraktivität der 3. Qualifikationsebene im öffentlichen Dienst, um qualifizierte Ingenieure anzuziehen und dem Konkurrenzdruck der freien Wirtschaft entgegenzuwirken?	Was unternehmen Sie, um die Ingenieure an den Kreisverwaltungsbehörden bei der Bewältigung von Genehmigungsverfahren für regenerative Energien zu entlasten und praktische Unterstützung zu gewährleisten?	Inwiefern beabsichtigen Sie, im Falle einer Regierungsbeteiligung Ihrer Partei das Landesamt für Umwelt (LfU) personell zu stärken, um die notwendige Unterstützung als zentrale Fachbehörde für den technischen Umweltschutz zu gewährleisten?
FDP	Der technische Umweltschutz leidet vor allem unter zu viel Bürokratie, was wiederum Planungs- und Genehmigungsphasen unnötig verlängert. Nach dem Vorbild des LNG-Beschleunigungsgesetzes wollen wir die Planungs- und Genehmigungsverfahren daher weiter beschleunigen, Umweltverträglichkeitsprüfungen begleitend zum Verfahren erlauben, Klagezeiträume verkürzen, sowie den Weg durch die Rechtsinstanzen straffen.	Im Bund wurden bereits diverse Beschlüsse gefasst, um die Genehmigungsverfahren zu vereinfachen oder zu verkürzen. Das kann aber nur wirken, wenn die Behörden vor Ort mit moderner IT und ausreichend Personal ausgestattet sind. Hier muss Bayern seine Hausaufgaben erledigen und entsprechende Mittel in den Haushalt stellen.	Der öffentliche Dienst muss ein attraktiver Arbeitgeber bleiben. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden, um den öffentlichen Dienst konkurrenzfähig zu halten. Aus Sicht der FDP sollten den Mitarbeitenden in den öffentlichen Verwaltungen attraktive Entwicklungsmöglichkeiten angeboten werden können, um sie für Führungsaufgaben zu motivieren. Auch zusätzliche leistungsbezogene Zulagen sollen aus unserer Sicht ermöglicht werden.	Die Genehmigungsverfahren für die erneuerbaren Energien und den Netzausbau müssen radikal vereinfacht werden. Daher sollen in ausgewählten Regionen Bayerns, wie z. B. dem Chiemedreieck, Planungs- und Genehmigungsverfahren – analog zu den Go-To Areas für Erneuerbare Energien der EU – langfristig massiv beschleunigt werden. Das beinhaltet z. B. Erleichterungen bei Prüfpflichten zu Umweltauswirkungen und kürzere Genehmigungsprozesse bei den Behörden.	Im Falle einer Regierungsbeteiligung würden wir die Personalsituation am Landesamt für Umwelt grundlegend erörtern und uns ggf. für eine Aufstockung des Personals einsetzen.
Freie Wähler	Leider keine Rückmeldung erhalten				